



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2017/260	
Federführend: FB 4 Soziales, Arbeit und Gesundheit	Status: öffentlich Datum: 07.09.2017 Ansprechpartner/in: Bearbeiter/in: Schliszio, Katrin	
Antrag der SPD Kreistagsfraktion zur Evaluation der Neuausrichtung der Verteilung der Landesmittel in den Bereichen der ambulanten Suchtkrankenhilfe und der offenen Hilfen im sozialpsychiatrischen Bereich der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS)		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Sozial- und Gesundheitsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

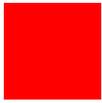
Der Beschlussvorschlag erfolgt nach Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss.

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.09.2017.

Anlage: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Ulrich Kaminski
24806 Hohn, den 05.09.2017

An den Kreis Rendsburg-Eckernförde
Fachbereich Soziales, Gesundheit und Arbeit
Kaiserstr. 8
24768 Rendsburg

Antrag zum Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 14.09.2017

Die SPD Fraktion beantragt:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreises Rendsburg – Eckernförde bittet die Landesregierung und das Sozialministerium, den Empfehlungen des vorliegenden Gutachtens: **Aktueller Abschlussbericht FOGS Evaluation der Neuausrichtung der Verteilung der Landesmittel in den Bereichen der ambulanten Suchtkrankenhilfe und der offenen Hilfen im sozialpsychiatrischen Bereich,** nicht zur Grundlage ihrer politischen Entscheidungen zu machen und die darin enthaltenen Vorschläge nicht zu realisieren.

Es wird darum gebeten, die vorhandenen Mittel prozentual einwohnerbezogen zu verteilen und die gewünschte Kommunalisierung dieser Aufgaben auch finanziell zu realisieren.

Begründung:

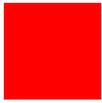
Der Kreis Rendsburg-Eckernförde als größter Flächenkreis (fast so groß wie das Saarland) mit der zweitgrößten Einwohnerzahl, einem erheblichen Anteil von Menschen, die Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, einer überdurchschnittlichen Belastung bei den Eingliederungsleistungen (siehe letzter Benchmark Bericht der Landkreise) darf aus unserer Sicht nicht ein zweites Mal nach den Änderungen zum FAG schlechter gestellt werden und würde bei der Umsetzung der im Abschlussbericht von FOGS empfohlenen Konsequenzen übermäßig benachteiligt werden.

Im Gegenteil: wir erwarten eine dem ländlichen Flächenkreis angemessene und ausreichende infrastrukturelle Ausstattung und Versorgung für diese Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde orientiert sich bei seinen finanziellen Zuwendungen komplementär an den Landesmitteln.

Der Kreis hat sich seiner Aufgabe nach der Kommunalisierung der Landesmittel aktiv gestellt und über die Vereinbarung von zu erbringenden Leistungen auch inhaltlich seine Steuerungsfunktion wahrgenommen.

Um ein qualitativ hoch wertiges und in der Fläche gutes Beratungsangebot (Prävention, Beratung, ambulante Behandlung, psychosoziale Begleitung) einschl. der offenen Hilfen im psychiatrischen Bereich weiterhin vorhalten zu können, benötigen wir aber nicht weniger, sondern in Zukunft den Kostensteigerungsraten angepasste zusätzliche Landesmittel.

Der Abschlussbericht wirft aus unserer Sicht mehr Fragen auf, als er für die Beratung zur Versorgungssituation Suchtkranker und psychisch Kranker in unserem Land beantwortet. U.a. sind die zugrunde gelegten Daten der NutzerInnen schwer nachvollziehbar: für das Hamburger Umland werden z.B. Zahlen genannt, die uns nicht valide erscheinen und die u.U. auf Verwerfungen (wurden Hamburger BürgerInnen mitgezählt?) zurückzuführen sein könnten (?). Die Bevölkerungszahl als wichtigen Indikator zu würdigen, würde u. E. bedeuten, eine auf die



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Ulrich Kaminski
24806 Hohn, den 05.09.2017

tatsächliche Bevölkerungszahl der jeweiligen Gebietskörperschaft bezogene Versorgungssituation herbei zu führen. Das Gegenteil wird vorgeschlagen.

Wir benötigen gerade im größten Kreis des Landes, der erhebliche soziale Belastungsindikatoren aufweist, mit der 2. höchsten Einwohnerzahl eine verlässliche und gut ausgebaute Infrastruktur für Prävention, Beratung, Begegnungsstätten und Behandlung.

Ulrich Kaminski

Ulrich Kaminski
Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher
der SPD Kreistagsfraktion